

1334/J XXII. GP

Eingelangt am 22.01.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Bettina Stadlbauer
und GenossInnen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend „Gefängnisbau in Rumänien“

Nach einem Treffen zwischen Justizminister Böhmdorfer und seiner rumänischen Amtskollegin Rodica Staniou am Samstag, den 17. Jänner 2004, hieß es laut APA-Meldung vom 17.01.04, Böhmdorfer und Staniou hätten die Eckpunkte einer bilateralen Kooperation in Sachen rumänischer Staatsbürger, die in Österreich straffällig werden, festgelegt. Dazu werde auch der Bau eines mit österreichischen Geldern finanzierten Gefängnisses in Rumänien zählen.

Laut Justizminister betrifft die Kooperation Fälle, in denen „die Beweislage klar ist, oder die gefassten Täter geständig“ seien. Die kriminell gewordenen rumänischen StaatsbürgerInnen sollen künftig „sofort in ihr Herkunftsland überstellt werden, gemeinsam mit den ins Rumänische übersetzten Akten und Beweismaterialien“. Weiters hieß es, die Gespräche sollen in Dublin fortgesetzt werden und im März 2004 mit einem Staatsvertrag abgeschlossen werden.

Über die Ursachen der hohen Zahl an ausländischen Straftätern sowie die Bekämpfung der Ursachen wird seitens der Regierung nicht gesprochen. Diskutiert wird auch nicht darüber, ob es nicht besser wäre, in präventive Maßnahmen in Rumänien zu investieren, etwa rumänische Straßenkinder zu unterstützen, damit sie es schaffen, von der Straße wegzukommen, anstatt den Bau von Gefängnissen zu finanzieren.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz

nachstehende

Anfrage:

1. Wie viele ausländische StaatsbürgerInnen sitzen derzeit in Österreichs Gefängnissen?
2. Wie hoch ist der prozentuelle Anteil von ausländischen StaatsbürgerInnen derzeit in Österreichs Gefängnissen?
3. Wie viele ausländische StaatsbürgerInnen sind derzeit in Österreich in Untersuchungshaft?
4. Wie hoch ist derzeit der prozentuelle Anteil von ausländischen StaatsbürgerInnen in österreichischer Untersuchungshaft?
5. Wie viele rumänische StaatsbürgerInnen sind derzeit in Österreich in Haft?
6. Wie viele rumänische StaatsbürgerInnen sind derzeit in Österreich in Untersuchungshaft?
7. Gibt es in den letzten Monaten einen Anstieg von Straftaten rumänischer StaatsbürgerInnen? Wenn ja, wie sehen die konkreten Zahlen aus? (Bitte Angabe von statistischen Daten)
8. Wie hoch sind die Kosten des Strafvollzugs für rumänische StaatsbürgerInnen in Österreich jährlich?
9. Wie hoch sind die geplanten Kosten, die Österreich für einen Gefängnisbau in Österreich tragen müsste?
10. Wie sehen konkret die von Ihnen und Ihrer rumänischen Amtskollegin Rodica Staniou am Samstag, den 17. Jänner 2004 festgelegten Eckpunkte der bilateralen Kooperation aus?
11. Welche anderen Mittel als der Bau eines Gefängnisses in Rumänien sind gegen die hohen Häftlingszahlen geplant?
12. Aus welchem Grund sind derzeit keine legislativen Maßnahmen vorgesehen, um die Zahl der Inhaftierten zu verringern?
13. In Österreichs Gefängnissen fällt der höchste Anteil an ausländischen StaatsbürgerInnen auf nigerianische Staatsangehörige, an zweiter Stelle liegen exjugoslawische BürgerInnen und an dritter Stelle RumänInnen. Aus welchen Gründen wollen Sie ein Gefängnis in Rumänien?
14. Welche Gründe sprechen gegen den Bau eines Gefängnisses in Nigeria oder einem exjugoslawischen Staat?
15. Ist der Bau von Gefängnissen auch in anderen Beitrittsländern geplant? Wenn ja, wo und wann?

16. In einem Interview mit der Zeitung „DER STANDARD“ vom 7. Jänner 2004 stellten Sie folgendes fest: „...Wir müssen gewährleisten, dass jene Täter, die in Österreich Straftaten begehen, auch wenn sie im Ausland verurteilt und die Strafen dort vollzogen werden, genauso behandelt werden wie in Österreich. Einen solchen Vertrag werden wir mit Rumänien abschließen.“ Wie soll dieser Vertrag konkret aussehen?
17. Wie wird Österreich die Einhaltung eines solchen Vertrages kontrollieren?
18. Im oben genannten Interview bestätigen Sie, dass nicht nur bereits verurteilte Straftäter abgeschoben werden sollen, sondern auch, dass bereits die gerichtliche Verfolgung in Rumänien stattfinden soll. Wie soll sichergestellt werden, dass die Strafverfolgung in Rumänien so stattfindet, wie dies in Österreich der Fall wäre?
19. Werden Sie dem Vorschlag von SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim folgen und den ehemaligen Präsidenten des Jugendgerichtshofes, Udo Jesionek, mit der Beratung der geplanten Kooperation mit Rumänien betrauen?
20. Wenn nein, warum nicht? Wer wird statt dessen österreichisches Know-How in Rumänien einbringen?
21. Welche Maßnahmen sind zur Verstärkung der Kontakte zwischen österreichischen und rumänischen Richtern, Staatsanwälten und Exekutive geplant?
22. Wie wird gewährleistet, dass das von Österreich in Rumänien finanzierte Gefängnis österreichischen Standards entspricht?
23. Welche Maßnahmen setzen Sie, um die Ursachen der hohen Anzahl an Straftaten rumänischer StaatsbürgerInnen zu bekämpfen?
24. Warum investiert Österreich nicht in präventive Maßnahmen in Rumänien, etwa den Bau von Waisen- und Krankenhäusern?
25. Setzt Österreich Maßnahmen um rumänischen Straßenkindern zu helfen, sie von der Straße wegzuholen?
26. Wenn ja, welche?
27. Wenn nein, warum nicht?
28. Die Mehrheit der ausländischen Straftäter sitzt wegen Drogendelikten in Österreichs Gefängnissen. Warum wird der Einsatz von therapeutischer Behandlung bei Drogendelikten nicht verstärkt?